

Carola Tischler

„Den Opfern des Stalinismus“

Debatten um einen Berliner Gedenkstein

Die Stalinismus-Diskussion der Wendejahre

„Ein Wort geht um in der DDR, es ist das Wort ‚Stalinismus‘.“¹ So beginnt das Interview-Bändchen, das der damalige Sektorleiter am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED Heinz Kühnrich 1990 publizierte. Tatsächlich sind die Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Tagungsbände und vom Umfang her meist schmalen Bücher zu dem Thema Stalinismus, die in den Jahren Ende 1989, 1990 und noch 1991 in dem östlichen Teil Deutschlands erschienen, fast unüberschaubar.² Einen wesentlichen Teil nahm dabei die Diskussion um die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen in den 1930er Jahren ein. Hier konnte der publizistische Einfluss aus der Sowjetunion seit 1988 insbesondere zu den bis dahin verschwiegenen Aspekten der Komintern, die durch die DDR zunächst ignoriert worden waren, langsam an Einfluss gewinnen. Hinzu kam von westdeutscher Seite die im Frühjahr 1989 erschienene Arbeit von Hermann Weber „Weiße Flecken in der Geschichte“, eine spezielle Fortführung seiner Untersuchungen zur Wandlung des deutschen Kommunismus, in denen er seit den 1960er Jahren unermüdlich nachrechnete, dass die Führungsriege der KPD mehr Opfer durch Stalin als durch Hitler zu verzeichnen hatte. Diese Opfer hatte er nun in einem Personenlexikon zusammengestellt, das schon bald in zweiter Auflage erschien.³ Aber selbstverständlich wirkten auch interne Entwicklungen in der Geschichtsschreibung der DDR auf die Diskussion ein. Aufmerksam wurde eine interessierte Leserschaft schon 1970, als in dem Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erstmals elf Personen genannt wurden, die in der Sowjetunion „unter falschen Anschuldigungen verhaftet“ worden seien.⁴

¹ Heinz Kühnrich: Stalinismus. Der Autor im Gespräch mit Jürgen Weidlich. Berlin 1990, S. 4.

² Eine gute Übersicht bietet: Das Urteil der Geschichte. Der Stalinismus – eine vergewaltigte Utopie. Eine Bibliographie. Hrsg. von *Buchhandlung und Antiquariat Schöbel*. Heidelberg o.J. [1991]. Viele Publikationen sind auch aufgelistet in: Publikationen der Mitarbeiter. Arbeitsmaterial. Hrsg. vom *Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung*, o.O. [Berlin] 1991.

³ Hermann Weber: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt am Main 1989. Die zweite überarbeitete und erweiterte Auflage erschien im Januar 1990.

⁴ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Hrsg. vom *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED*. Berlin 1970. Die Namen sind genannt bei: Peter Alexander, Lutz Prief: Ein Beitrag zur Aufarbeitung der Schicksale deutscher Emigranten in der Sowjetunion während des „Großen Terrors“ in den 1930er Jahren. Die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus am IfGA“ 1989–1992. In: Nach dem Schweigen. Erinnerungsorte, Gedenkbücher, Opferlisten des sowjetischen Exils. Hrsg. von „Helle Panke“ e.V., Heft 167. Berlin 2012, S. 44–51, S. 45.

Die Arbeit an dem 1991 erschienenen Band „In den Fängen des NKWD“ begann 1988⁵, die Vorbereitung des zweiten Bandes des sogenannten Vierbänders – der erste Band zur Geschichte der SED von den Anfängen bis 1917 war bereits 1988 erschienen⁶ – bereitete dem Autorenkollektiv am Institut für Marxismus-Leninismus auch gerade wegen der prominenten KPD-Funktionäre, die in der Sowjetunion erschossen worden waren, Kopfzerbrechen.

Nach der Absetzung Honeckers konstituierte sich im November 1989 am nun in Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung umbenannten IML eine Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“, die nach verschiedenen Zeitungsartikeln im Neuen Deutschland⁷ mit Briefen, Telefonanrufen und Besuchern bestürmt wurde. Im Fokus der Arbeitsgruppe standen zunächst die Opfer der dreißiger Jahre. Im Verlauf des Jahres 1990 kamen verstärkt Anfragen und Informationen über Nachkriegsopfer hinzu und damit erweiterten sich die Aufgaben der Gruppe um die Opfer, die von der sowjetischen Besatzungsmacht oder von der SED represiert worden waren.⁸

In dieser Zeit, in der eine historisch interessierte Öffentlichkeit in Ost- und Westdeutschland in rasanter Weise durch neue Erkenntnisse aus Archiven und neue Interpretationen in Erstaunen versetzt wurde, wurde die Idee des Gedenksteines geboren. Michael Schumann – und viele, die die Diskussion verfolgen, erinnern sich besonders an diese Rede – forderte auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989, „dass den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird. Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der

⁵ In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Hrsg. vom *Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin 1991.

⁶ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917. Hrsg. vom *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED*. Berlin 1988.

⁷ Vgl. Wie steht es mit Stalinismus in der Geschichte der KPD? ND-Interview mit Prof. Dr. Walter Wimmer, Institut für Marxismus-Leninismus. In: Neues Deutschland vom 25./26. 11. 1989. In der gleichen Ausgabe erschien ein Interview mit Werner Eberlein, dem damals neu ernannten Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission, in dem es um Fragen der Rehabilitierung ging („Dafür sorgen, dass alle, die Schuld auf sich geladen haben, zur Verantwortung gezogen werden“). Außerdem: Walter Wimmer: „...unter falschen Anschuldigungen verhaftet“. Zum Schicksal deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil. In: Neues Deutschland vom 2./3. 12. 1989; Günter Möschner: Rehabilitierung – Fakten und offene Fragen. Was geschah in der DDR nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956?. In: Neues Deutschland vom 11. 12. 1989 (Teil I) und vom 16./17. 12. 1989 (Teil II).

⁸ Vgl. Informationsmaterial der Arbeitsgruppe Opfer des Stalinismus, Forschungs- u. Konsultationsstelle am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), o.O. [Berlin] 1990. Darin finden sich auch Hinweise weiterer Veröffentlichungen über die und von der Arbeitsgruppe in der Presse dieser Jahre. Vgl. auch den Beitrag von Peter Alexander/Lutz Prieß (wie Fn. 4). Der Beitrag reagiert auf meinen Vortrag „Glasnost in der DDR. Die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ am IML/IfGA (1989–1991) und ihr Archivbestand“ auf der Konferenz „Nach dem Schweigen“, die im Oktober 2011 im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin durchgeführt wurde. Die Möglichkeit, über eine Literaturübersicht hinaus persönliche Beweggründe und Hintergrundinformationen über die Arbeit der Arbeitsgruppe darzulegen, wurde in dem veröffentlichten Beitrag leider nicht wahrgenommen. Der Archivbestand der Arbeitsgruppe wird im Bundesarchiv (BArch SGY 21 – Opfer des Stalinismus) aufbewahrt.

Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten und in unserer schöngestigten und wissenschaftlichen Literatur dienen“⁹. Sein Referat, das in der Zeitung „Neues Deutschland“ (ND) unter der Überschrift „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“ veröffentlicht wurde¹⁰, galt fortan als „Gründungskonsens der PDS“¹¹. Schumann bezog sich auch auf Heinz Voßke, den damaligen Leiter des Parteearchivs, der Anfang Dezember im ND in einem Interview geäußert hatte, dass es gut wäre, wenn sich der Außerordentliche Parteitag zu dem Vorschlag einer Gedenktafel, angebracht an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, äußern würde. Voßke, der 1982 eine Monographie über die Gedenkstätte verfasst hatte, sagte wörtlich: „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es ganz in seinem [nämlich Wilhelm Piecks] Sinne wäre, wenn zu Ehren der jetzt schon bekannten und der noch unbekannten Opfer des Stalinschen Terrors, Kommunisten, Sozialdemokraten wie auch parteilose Revolutionäre, in der Gedenkstätte der Sozialisten eine würdige Tafel angebracht wird.“¹² Die Nennung von Pieck erfolgte nicht von ungefähr, kursierten zur damaligen Zeit in verschiedenen Publikationsorganen der DDR Briefe Piecks aus den Jahren 1937 bis 1942 vor allem an Georgi Dimitrov und Dimitrij Manuil'skij¹³, in denen sich der faktische Vorsitzende der KPD während der Exilzeit für verhaftete Parteimitglieder stark gemacht hatte. Wilhelm Pieck war es auch, der dreimal, 1926, 1946 und 1951, die Eröffnungsreden bei der Einweihung des Sozialisten-Denkmales in Friedrichsfelde gehalten hatte. Dass sich Pieck so energisch in seinem Leben für die Errichtung dieses Denkmals eingesetzt hatte, könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass er während der Verhaftung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht dazukam, weil er sie über ihren Zufluchtsort warnen wollte, aber diese Warnung zu spät kam. Möglicherweise empfand er es als Vermächtnis den beiden Ermordeten gegenüber, ihnen eine würdige Grabstätte zu verschaffen.

Der Friedhof in Friedrichsfelde begann als sogenannter Armenfriedhof und erhielt nach der Jahrhundertwende den Begriff „Sozialistenfriedhof“, was auf die Bestattung des im Jahr 1900 verstorbenen Wilhelm Liebknecht und dann weiterer bedeutender Persönlichkeiten der SPD zurückzuführen war. Die beiden Mitbegründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sollten nach dem Willen der KPD nicht hier, sondern auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain bestattet werden, was am Einspruch des damaligen Bürgermeisters

⁹ Lothar Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS: Dezember 1989. Berlin 1999, S. 191.

¹⁰ Neues Deutschland vom 18. 12. 1989.

¹¹ Jürgen Hofmann: Bruch mit dem Stalinismus. Rückblick auf eine notwendige Debatte. In: Klaus Kinner (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Berlin 2011, S. 48–62, hier S. 48.

¹² Für eine allen Sozialisten geweihte Gedenkstätte. ND-Interview mit Prof. Dr. Heinz Voßke, Leiter des Zentralen Parteearchivs der SED. In: Neues Deutschland vom 2./3. 12. 1989.

¹³ Vgl. Heinz Kühnrich: Zum Brief Wilhelm Piecks an Manuilski (1989). In: Neues Deutschland vom 12. 1. 1989; Heinz Voßke: Neuer Brief Wilhelm Piecks aus dem Kominternarchiv. In: Neues Deutschland vom 27. 7. 1989; Heinz Voßke: Briefe Wilhelm Piecks an Georgi Dimitroff und D. S. Manuilski aus den Jahren 1937 bis 1942. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4/1989, S. 488–499.

scheiterte. So wurden auch sie in Friedrichsfelde bestattet, jedoch nicht in der Nähe des als „Feldherrenhügels“ der Sozialdemokratie bezeichneten Bereichs am Haupteingang, sondern auf Betreiben der zuständigen Stadtverwaltung am entgegen gesetzten Ende in der sogenannten „Verbrecherecke“. Das erste Denkmal, das die KPD ihnen zu Ehren sowie der weiteren Opfer der Januarkämpfe 1919 errichten ließ, wurde von dem Bauhaus-Architekten Ludwig Mies van der Rohe gestaltet und 1926 eingeweiht. Es war ein 12 Meter langes, 4 Meter breites und 5,5 Meter hohes wuchtiges Bauwerk aus dunklen Klinkersteinen in versetzten Quadern. Dieses Monument wurde 1935 von den Nationalsozialisten geschleift. An gleicher Stelle errichtete die KPD 1946 eine provisorische Nachbildung, um das erste Mal nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Tradition aus der Weimarer Republik wieder aufzunehmen, im Januar der Toten der gescheiterten Revolution von 1918/19 mit einer Demonstration zu gedenken.

Bereits im Dezember 1945 hatte der Magistrat der Stadt Berlin den Beschluss gefasst, die Gedenkstätte der Revolutionskämpfer wieder herzurichten. Ein vom Magistrat ausgelobter Wettbewerb um die Neugestaltung der Gedenkstätte und ein entsprechender Beschluss vom Mai 1948 dazu kam aufgrund der Spaltung der Stadt nicht mehr zustande. Von Seiten der SED richtete sich die Kritik vor allem darauf, dass der Siegerentwurf von 1948 es nicht erlaube, „größere Gedenkkundgebungen der Berliner Arbeiterschaft an der Gedenkstätte abzuhalten“¹⁴. Stattdessen entwickelte die Partei, allen voran Wilhelm Pieck, neue Pläne einer gemeinsamen Gedenkstätte von Sozialdemokraten und Kommunisten, was zu dem jetzigen Standort auf dem Friedhof Friedrichsfelde führte. Dieses Denkmal wurde 1951 eingeweiht. Es besteht aus einer großen Ringmauer mit einem Durchmesser von gut 22 Metern und einem 25 Meter breiten Eingangsbereich, in dessen Mitte ein großer unbearbeiteter Stein steht, der die Aufschrift trägt „Die Toten mahnen uns“. Um diesen Stein sind jetzt zehn Grabplatten gruppiert, das linke Drittel der Ringmauer ist mit Grabdenkmälern der Sozialdemokratie belegt, dann folgen Urnenischen für Funktionäre bzw. Repräsentanten der Arbeiterbewegung der DDR. Seit 1973 befindet sich an der rechten Seite der Ringmauer eine Steintafel, auf der stellvertretend namentlich über 500 Mitglieder beider Arbeiterparteien genannt werden, die in der Zeit der Weimarer Republik zu Tode kamen, die im antifaschistischen Kampf 1933 bis 1945 ermordet und die im Spanischen Bürgerkrieg gefallen waren. Sie ersetze eine größere Anzahl von Einzeltafeln.¹⁵

Die bis heute alljährlich am zweiten Januarsonntag stattfindenden Kundgebungen an der Gedenkstätte der Sozialisten haben sich im Laufe der nun fast 100 Jahre gewandelt: von einem trotzigen Behaupten der linken Arbeiterschaft während der Weimarer Republik über ein kurzfristiges Bekunden des Widerstandes nach 1933

¹⁴ Brief Wilhelm Piecks an Oberbürgermeister Friedrich Ebert, 23. 2. 1949; in: Heinz Voßke: Geschichte der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde. Berlin 1982, S. 161.

¹⁵ Zu der Gedenkstätte vgl. www.sozialistenfriedhof.de. Vgl. auch Joachim Hoffmann: Ein Jahrhundert deutscher Sozialistenfriedhof Berlin-Friedrichsfelde. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/2001, S. 5-38; Jürgen Hofmann: Zentralfriedhof Friedrichsfelde (Die Neuen Architekturführer Nr. 91). Berlin 2006.

zu einem innerhalb der DDR-Zeit sich wandelnden Staatsakt der Parteiführung, der mit dem Ende der DDR nicht in sich zusammengefallen ist. Heute entwickeln sie sich immer mehr zu einem heterogenen Straßenfest linker Bewegungen, die schwerlich auf einen Nenner zu bringen sind. Auch deshalb sind die Teilnehmer an der im Folgenden beschriebenen Debatte nicht so eindeutig zu verorten, wie es für Außenstehende manchmal den Anschein hat.

Die Debatte um den Gedenkstein

So wie die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ im März 1992 mit dem abgewinkelten Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung ihre Arbeit wieder einstellen musste, so geriet auch die Idee des öffentlichen Gedenkens zunächst in Vergessenheit. Aufgegriffen wurde diese erst wieder von dem im Jahre 2000 gegründeten „Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e.V.“, dem neben zahlreichen Einzelpersönlichkeiten die Landes- und Bundesvorstände sowohl der SPD als auch der Linken angehören.

Bereits 1993 hatte eine vom Berliner Senat eingesetzte Kommission die Gedenkstätte der Sozialisten als eingetragenes Denkmal bestätigt. Damit waren Veränderungen an dem Denkmal an sich ausgeschlossen. Mit Hilfe von Lottomitteln des Landes Berlin nahm es der Förderverein in die Hand, dass die baufällige Gedenkstätte in den Jahren 2004 bis 2005 saniert wurde. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten eruerte der Vorstand des Förderkreises mit der Friedhofsverwaltung und der Denkmalbehörde des Bezirks Lichtenberg die Frage, wie der Opfer der Stalinismus gedacht werden könne. Die Initiative ging dabei von der PDS aus. In dem Förderkreis war um den Stein und vor allem um die Inschrift kontrovers diskutiert, man kann auch sagen gerungen, worden. Die schließlich gefundene Formel „Den Opfern des Stalinismus“ war Ausdruck des kleinsten gemeinsamen Nenners. Im September 2006 wurde der Antrag des Förderkreises im zuständigen Ausschuss Kultur der Bezirkverordnetenversammlung verhandelt und mit einer Stimmenthaltung angenommen. Der dann aufgestellte Stein außerhalb, aber gegenüber dem Eingang der Ringmauer war die Option, die mit den Auflagen des Denkmalschutzes vereinbar waren.¹⁶ Auf diese Weise treten die beiden Inschriften ‚Die Toten mahnen uns‘ und ‚Den Opfern des Stalinismus‘ durch die Sichtachse in eine Korrespondenz zueinander.

Bei seiner Einweihungsrede am 11. Dezember 2006 sagte der damalige Präsident des Abgeordnetenhauses zu Berlin Walter Momper: „Es hat in der Geschichte des Sozialismus – auch auf deutschem Boden – Verirrungen in die Unmenschlichkeit gegeben. Viele, auch solche, die treu zu den Ideen des Sozialismus standen, haben darunter gelitten. Die physischen wie psychischen Wunden, die den Opfern zugefügt wurden – wenn sie nicht gar ums Leben kamen – sind tief. Man-

¹⁶ Vgl. Hofmann, Bruch mit dem Stalinismus, S. 53. Auch: Jürgen Hofmann: Respekt vor den Opfern gebietet würdige Ehrung. In: Neues Deutschland vom 5. 1. 2007.

che sind auch später wieder rehabilitiert worden. Einige von ihnen haben sogar hier in und bei der Gedenkstätte ihre letzte Ruhestätte gefunden. Diesen Menschen – den Opfern – ist der Stein gewidmet. Aber er kennt keine Einschränkungen oder Ausgrenzungen. Die Inschrift ‚Den Opfern des Stalinismus‘ umfasst alle Opfer. Und so soll es auch durchaus sein. Denn man kann nicht nur einzelner Opfergruppen gedenken und andere außen vor lassen.“ Anschließend nannte er stellvertretend die Namen von KPD-Opfern des Exils, von SED-Opfern aus der Zeit nach 1949 und dann von solchen, die „als Sozialdemokraten, als Demokraten, als Christen oder als ganz unpolitische Menschen Opfer“¹⁷ der sowjetischen Besatzungsmacht oder der SED-Behörden wurden. Die von Voßke 1989 bezeichnete Opfergruppe wurde damit um die nicht-revolutionären und die ganz unpolitischen Menschen erweitert.

Im Vorfeld der Steinsetzung hatte es innerhalb einer Öffentlichkeit oder der Partei der Linken keine großen Diskussionen gegeben. Umso größer waren die Auseinandersetzungen bei der ersten Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 2007. Es kam zu Gerangel und zu Verwüstungen der am Stein abgelegten Blumen. Um dies im Folgejahr zu vermeiden, startete der Abgeordnete der Linken Bernd Preußer aus Marzahn-Hellersdorf im Dezember 2007 eine Aktion, dem das „Neue Deutschland“ ein Leserforum bot. Preußer schlug vor, Nelken mit Namen von Opfern am Gedenkstein abzulegen. Er selbst ehrte die Sowjetunion-Emigrantin Carola Neher, nach der in seinem Stadtteil auch eine Straße benannt war. Das ND veröffentlichte zwischen dem 22./23. Dezember 2007 und dem 12./13. Januar 2008 sieben Artikel mit etwa 40 Zuschriften, die sehr unterschiedlich ausfielen. Der größere Teil der Zuschriften befürwortete den Stein, wenn es auch insgesamt die größte Zustimmung dafür gab, den Stein um eine Tafel mit Namen zu ergänzen bzw. eine Tafel an der Ringmauer anzubringen.¹⁸ Um das Meinungsspektrum zu zeigen, werden einige Zuschriften bzw. Passagen daraus zitiert.

In der Ausgabe vom 24. Dezember wird die Meinung des Abgeordneten der Linkspartei Wolfgang Brauer aus Berlin wiedergegeben, der unter anderem schrieb: „[...] Friedrichsfelde ist immer noch ein Friedhof. Ein besonderer allerdings. Es gab gute Gründe, dass unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR die damalige SED-PDS an diesem Orte zum stillen Gedenken aufrief. Diese Gründe haben sich nicht erledigt. Und ob wir uns dessen bewusst sind oder nicht: Allein durch die Setzung des Steines an einem Ort in deutlicher Abgrenzung von der

¹⁷ Die Rede ist nachzulesen unter: http://www.parlament-berlin.de/pari/web/wdefault.nsf/vHT-ML/C12_6-00165?OpenDocument (10. 5. 2012).

¹⁸ Vgl. Karin Nölte: Nelken für den Stein des Anstoßes. Vorschlag aus Marzahn-Hellersdorf: Am 13. Januar auch persönliches Gedenken für Stalinismusopfer. In: Neues Deutschland vom 22./23. 12. 2007. Denkanstöße zum Stein des Anstoßes. In: Neues Deutschland vom 24. 12. 2007. Anstöße zum Stein des Anstoßes. In: Neues Deutschland vom 27. 12. 2007, Denkanstöße zum Stein des Anstoßes. In: Neues Deutschland vom 28. 12. 2007. Denkanstöße zur Erinnerung an Stalinopfer am 13. Januar in Berlin-Friedrichsfelde. In: Neues Deutschland vom 4. 1. 2008. Nelken für die Steine. In: Neues Deutschland vom 9. 1. 2008. Klaus Joachim Herrmann: Wo Nelken hingehören. Anmerkungen zur bewegenden Debatte über den ‚Stein des Anstoßes‘. In: Neues Deutschland vom 12./13. 1. 2008.

Gedenkstätte der Sozialisten wird ein Streit provoziert, der an diesem Ort nichts zu suchen hat. Das grenzt an Störung der Totenruhe.“ In der gleichen Ausgabe schickte Uwe Schwarz eine e-mail mit folgendem Inhalt: „Der Vorschlag von Bernd Preußen gefällt mir, und an diesem Stein stört mich nur eines: Dass wir 17 Jahre gebraucht haben, um ihn zu errichten.“ Am 4. Januar schrieb Hans Offenhaus aus Berlin: „Da überwiegend im heutigen Deutschland unter der Bezeichnung ‚Opfer des Stalinismus‘ die durch die Organe der UdSSR verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher sowie die in der DDR zur Verantwortung gezogenen Spione und Saboteure genauso gefasst werden wie die Menschen, die Opfer einer zu Teilen überzogenen, verbrecherischen Sicherheitspolitik der UdSSR wurden, ist diese Begrifflichkeit denkbar ungeeignet für eine Gedenkpolitik der Linkspartei. Deshalb sollte die Linkspartei sich dem Zeitgeist widersetzen und ihr Gedenken unter eine thematische Festlegung stellen, die dem Anliegen gerecht wird, unmissverständlich und konkret ist, nicht missbraucht und verfälscht werden kann.“ Helmut Holpert aus Berlin schrieb in der gleichen Ausgabe: „Hier geht es um ermordete und verstorbene Sozialisten. Warum kann man nicht unter den gut lesbaren und eindringlichen Worten ‚Die Toten mahnen uns‘ einen Konsens finden, dass es Sozialisten waren, die damit gemeint sind. Sie kamen auf verschiedene Weise zu Tode. Wenn nicht auf natürliche Art, dann waren ihre Mörder tiefschwarze und braune Handlanger eines tiefssitzenden Antikommunismus. Mit dieser Grundtugend verbunden wurden auch sozialdemokratische Politiker und ihre Soldateska zu Sozialistenmörtern. Ja, auch die stalinsche Willkür machte vor den Klassengenossen nicht halt. Warum sollte also dieser Opfer der deutschen und auch internationalen Arbeiter- und Sozialistenbewegung nicht unter diesem einen Stein mahnen und tief nachdenkend gedacht werden? Setze man doch eine Tafel in das Halbrund mit den Namen, die man meint.“ Fünf Tage später, am 9. Januar 2008, bekundete Harald Kuhaneck: „Ich werde auch eine Blume am Stein für die Opfer des Stalinismus niederlegen. Der Stein für die Opfer des Stalinismus gemahnt uns daran, wozu es führt, wenn Sozialisten hochmütig werden, sich selbst für unfehlbar und quasi frei von Sünde halten und sich über das Volk erheben. Er steht zwar dem großen Gedenkstein mit der Aufschrift ‚Die Toten mahnen uns‘ gegenüber, aber nicht entgegen. Er gebietet, in die Mahnung auch die hunderttausenden Unschuldigen einzubeziehen, auch die Sozialisten und Kommunisten, die im Namen des Sozialismus ermordet wurden.“ Und in der gleichen Ausgabe gab Berthold Henze zu bedenken: „Der Stein spaltet Linke. Das würde nicht so sein, wenn schon beim ersten Parteitag der PDS sorgsamer mit diesem Begriff [d. i. Stalinismus] umgegangen und nicht emotional und voreilig auf den Druck aller möglichen Kräfte reagiert worden wäre, ohne wissenschaftlich-analytisch zu ermitteln, was wirklich unter dem Begriff subsumiert werden muss und was unbedingt nicht. Vielleicht sollte eine Tafel auf dem Rondell mit den deutschen Opfern Stalins unter Sozialisten, Kommunisten, Linken und Antifaschisten angebracht werden, die einen Verweis auf den Stein enthält und auf dem Stein einen Hinweis auf die Tafel, dann würde der Stein deutlich in die Ehrung der Sozialisten einbezogen werden können und darum geht es schließlich auf der Gedenkstätte der Sozialisten.“

Der zuletzt zitierte Briefeschreiber benennt das Problem, indem er auf die Uneindeutigkeit des Begriffes Stalinismus hinweist. Dieser wird nach wie vor auch in der Partei der Linken eher als politischer, denn als historischer Begriff benutzt, und seine Verwendung spielt deshalb eine große Rolle in der politischen Auseinandersetzung.¹⁹ Deshalb war das Problem für die Linke vor allem mit der Inschrift verbunden. So kommentierte die Kommunistische Plattform der Partei in ihrer Nachbetrachtung zu der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2008: „Uns schmerzen die unter Stalin unschuldig Umgekommenen und Repressierten zutiefst. Wir ehren besonders die Sozialisten und Kommunisten, welche in der Stalinära Willkür und Verbrechen zum Opfer fielen. Doch wir sagen in aller Offenheit und dies nicht zum ersten Mal: Ein Stein, der pauschal an alle erinnert, die unter Stalin zu Tode kamen oder Haftstrafen verbüßten, ist für uns inakzeptabel. Denn dazu zählen nicht zuletzt und nicht zu knapp Faschisten. Ebenso ist es für uns inakzeptabel, dass jede in der DDR begangene reale oder vermeintliche Ungerechtigkeit zu einem stalinistischen Verbrechen hoch stilisiert wird. Der Gedenkstein ‚Den Opfern des Stalinismus‘ ehrt jeden Nazimörder und auch jeden, der als Gegner der DDR mit den Gesetzen in Konflikt geriet. Dies ist nicht unsere Interpretation.“²⁰ Die Problematik, die aus dieser Inschrift resultiert, verdeutlicht auch in signifikanter Art und Weise ein Artikel des Berliner „Tagespiegel“, in dem aus dem Stein „Den Opfern des Stalinismus“ der „Gedenkstein der Stasi-Opfer“ wurde.²¹

Dazu eine kleine erläuternde Nebenbemerkung: Auch die beiden Verbände „Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.“ und „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.“ (UOKG), deren Klientel die von Momper ebenfalls angesprochenen Opfergruppen sein könnten, können natürlich den Stein in Friedrichsfelde nicht als Gedenkstein akzeptieren. Ist es für die einen die verallgemeinernde Inschrift, so liegt der Grund für diese Verbände in der Nähe zu der Gedenkstätte der Sozialisten. Den Opfern könne nicht in der Nähe der Täter gedacht werden. Insofern ist die Debatte nicht nur eine Debatte um den Begriff „Stalinismus“, sondern auch eine Täter-Opfer-Debatte, die in dieser scheinbaren Eindeutigkeit in der historischen Betrachtung nicht angemessen ist. Innerhalb der UOKG existiert seit einiger Zeit eine „Geschäftsstelle Mahnmal“, die Unterschriften für einen „Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“ sammelt. In diesem Aufruf heißt es: „In Deutschland gibt es viele Denkmäler und Gedenktafeln, die sich auf die Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft seit 1945 beziehen. Sie sind jedoch in der

¹⁹ Stellvertretend hierfür: Zur Stalinismusdebatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS. In: Das Krisenjahr 1956. Hrsg. von Klaus Kinner u. a. Schkeuditz 2006, S. 105–118. Die Debatte entbrannte im Sommer 2011 nach einer Buchrezension von Oskar Lafontaine in der Zeitung „Neues Deutschland“ kurz erneut auf: Vgl. Nicht die Partei, sondern das System. Oskar Lafontaine über ein Buch zur Stalinismus-Kritik. In: Neues Deutschland vom 13. 7. 2011.

²⁰ Zitiert nach: www.forum-ds.de/article/909.zur_diskussion_prioritaeten_nachbetrachtungen_zur_liebknecht_luxemburg_ehrung_2008_der_kommunistischen_plattform.html (25. 4. 2012).

²¹ Vgl. Infokasten zu Brigitte Grunert, Robert Ide: Demo der Andersdenkenden. In: Der Tagespiegel vom 13. 1. 2013.

Regel speziellen Ereignissen und einzelnen Opfergruppen gewidmet. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass ein Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland von 1945 bis 1989 an einem zentralen Platz in der Hauptstadt unseres wiedervereinigten Landes errichtet wird.“²²

Ein neuer Versuch, der Opfer des Stalinismus zu gedenken

Im Oktober 2008 konstituierte sich unter dem Dach der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Berlin und deren Vorsitzendem Hans Coppi eine Gruppe, die sich erneut der in der Sowjetunion verfolgten deutschen Kommunisten und ihrer Familienangehörigen annimmt. Es sind vor allem Kinder und Enkelkinder von Emigranten, aber auch einige Historiker, die Veranstaltungen organisieren, eine Ausstellung vorbereiten und nicht zuletzt auch wieder versuchen, das Gedenken in die Öffentlichkeit zu tragen. Zu diesem Zweck fand am 25. Juli 2012, dem 75. Jahrestag der Verabschiedung des Befehls 00439, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz vor der Volksbühne eine öffentliche Verlesung von 766 Namen deutscher Antifaschisten statt, die im Rahmen dieser sogenannten deutschen Operation verhaftet und zum Tode verurteilt wurden.²³

Der Stein in Friedrichsfelde wird von einigen Verwandten dieser Arbeitsgruppe, auch von außerhalb der Gruppe stehenden Verwandten, nicht als Ort des Gedenkens angenommen, was sicher nicht der Fall wäre, wenn der Plan einer Gedenktafel innerhalb der Ringmauer in den Wendejahren realisiert worden wäre. Stattdessen wird nun versucht, am Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD vor 1933, eins von drei ZK-Gebäuden nach 1945 und jetzigem Parteisitz der Linken, eine Gedenktafel anbringen zu lassen. Auf folgenden Text hat sich die Gruppe nach verschiedenen Diskussionen geeinigt: „Ehrendes Gedenken an tausende deutscher Kommunisten und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entreichtet, in Straflager deportiert und ermordet wurden.“ Eine erste Anfrage an den Parteivorstand der Linken erging im Dezember 2010, eine definitive Antwort erfolgte bis heute (Stand: November 2012) nicht, wenn es auch Signale einer positiven Stellungnahme des Parteivorstandes gibt. Die Historische Kommission der Partei hat sich dagegen in einer Sitzung im Februar 2012 mit großer Mehrheit für eine solche Tafel ausgesprochen.

²² Der Stacheldraht, Nr. 5/2012, S. 10. Über den gescheiterten Versuch eines Privatmannes, ein solches Denkmal in Jena errichten zu lassen, berichtet Volkhard Knigge: Gestiftete Erinnerung. Eine kurze Geschichte des „Denkmals der Verfolgten der kommunistischen Diktatur 1945–1989“. In: Jürgen John u. a. (Hrsg.): Zeit-Geschichten. Miniaturen in Lutz Niethammers Manier. Essen 2005, S. 141–155.

²³ Vgl. Wladislaw Hedeler: Ihr einziges Verbrechen war ihre Nationalität. In: Neues Deutschland vom 14./15. 7. 2012.

Man könnte meinen, dass nach der politischen Auseinandersetzung in der Wendezeit und der wissenschaftlichen Beschäftigung in den Jahren danach nun die persönliche Trauerarbeit dominieren kann. Aber auch dieser stark private Zugang zu dem Thema ist nicht frei von Politisierung. Auch in diesem Kreis gab und gibt es Debatten, die dazu führten, dass manche sich gar nicht zugehörig fühlen und manche den Arbeitskreis wieder verlassen haben.²⁴ Diese Position lässt sich darauf zuspitzen, nichts zu unternehmen, was „dem Gegner nützt“. In einem Streitgespräch, das nach der öffentlichen Lesung vom 25. Juli 2012 mit Hans Coppi geführt wurde, drückte es Erika Baum, die allerdings nicht mit dem Sowjetexil verbunden ist, folgendermaßen aus: „Ich halte weder die Gedenkveranstaltung noch die Tafel für richtig. Nicht, weil ich die Lage der Genossen, die verhaftet wurden, in irgendeiner Weise geringsschätzen möchte. Das, was passiert ist, bedeutet einen großen Schmerz und eine große Tragödie, die die Arbeiterbewegung und die kommunistische Bewegung erlitten hat. Aber: Ich glaube, dass das Heran gehen, alles, was in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution geschehen ist, nur unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten, weder unserem antifaschistischen Kampf in der Vergangenheit gerecht wird, noch eine Hilfe ist, mit den Schwierigkeiten, vor denen die Arbeiterbewegung, ja die gesamte Menschheit gegenwärtig steht, umzugehen. [...] Ich stand und stehe an der Seite der Sowjetunion, die die Völker zum Massenheroismus gegen den Hitlerfaschismus bewegen konnte. Und ich bin nicht bereit, Positionen zu unterstützen, die der Gegenseite nützen.“²⁵

Als Fazit aus der hier kurz dargestellten fast 25jährigen Diskussion könnte man die Vermutung ziehen, dass Gedenken auch ein Proporz-Gedenken ist: Je größer die Opfergruppe, umso mehr Aufmerksamkeit. Das ist es das aber nicht allein. Gedenkarbeit ist harte Lobby-Arbeit. Das Gedenken an diese Opfergruppe – deutsche Antifaschisten und Kommunisten, die in der Sowjetunion in den Terror gerieten – spiegelt in signifikanter Weise deren Schicksal wieder: Sie waren und sind von keiner Seite richtig gewollt, und sie haben bis heute keine Lobby. Nicht nur eine vermeintliche Nichtzuständigkeit – sie waren ja nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Deutschland verfolgt gewesen –, sondern auch ein antikommunistischer bzw. antitotalitärer Grundkonsens von konservativer und sozialdemokratischer Seite und ein fest gefügtes Lagerdenken seitens eines Teils der Linken haben dies von Anbeginn an verhindert. Insofern kann die Initiative des Förderkreises, den Stein in Friedrichsfelde zu errichten, auch als ein verdienstvoller Versuch gewertet werden, die Spaltung der Arbeiterparteien zu überwinden und dieser Gruppe öffentlich zu gedenken. Andererseits hat die Durchsetzung der sozialdemokratischen Position bei der Inschrift den Angehörigen wieder verdeutlicht, dass die Sowjetunion-Exilanten allein eines Gedenkens anscheinend nicht

²⁴ Vgl. Von Karaganda nach Berlin. Interview mit *Anja Schindler* (Berlin). In: Katjuscha. Rundbrief der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Brandenburg, 6/2012, S. 6-10, hier S. 10.

²⁵ Streit um die Geschichte. Kontroverse über die Art und Weise der Erinnerung an deutsche Antifaschisten, die im sowjetischen Exil ihr Leben ließen. Ein Gespräch mit *Erika Baum* und *Hans Coppi*; in: *antifa*, Beilage der „jungen Welt“ vom 1. 9. 2012.

würdig sind. Aber auch wenn man sich die Ausgestaltung des Gedenksteines vielleicht etwas ausdrucksstärker hätte vorstellen können oder sich eine andere Inschrift gewünscht hätte: Da man nicht weiß, wie die Angelegenheit mit der Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus ausgehen wird, haben Hinterbliebene und andere mit diesem Stein, der an der Gedenkstätte der Sozialisten am richtigen Platz steht, immerhin einen möglichen Erinnerungsort für ihre Trauer, und die Debatten darum, auch wenn sie sich nur in einer sehr begrenzten Öffentlichkeit – vor allem durch die Zeitung „Neues Deutschland“ getragen – abspielen, sind allemal besser als Schweigen.

Am 18. Oktober 2013 hatte der Parteivorstand der Linken beschlossen, die oben erwähnte Tafel am Karl-Liebknecht-Haus anzubringen; am 18. Dezember 2013 wurde sie feierlich enthüllt. Die Vorsitzende der Partei Katja Kipping mahnte in ihrer Ansprache daran, dieses Thema nicht zu verdrängen, sondern sich ihm zu stellen und den Opfern eine bleibende Erinnerung zu geben. Auch die von der Arbeitsgruppe entwickelte Ausstellung über Familienschicksale von Sowjetunion-Emigranten wurde im Karl-Liebknecht-Haus gezeigt.²⁶ Vorher war sie bereits in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu sehen gewesen, danach in zahlreichen weiteren Städten Deutschlands sowie in Russland, Kasachstan, Belgien und Frankreich. Eine neueste Entwicklung des Gedenkens dieser Opfer ist die russische Initiative „Letzte Adresse“, die in Anlehnung an die Idee der Stolpersteine an die letzten Wohnadressen der in der Sowjetunion Verhafteten Metalltäfelchen anbringt.²⁷ Diese Aktion hat, sollte sie sich zu einer Massenbewegung entwickeln, tatsächlich das Potential einer breiteren gesellschaftlichen Einflussnahme, ja einer Umgestaltung, einer Perestroika der russischen Erinnerungskultur. Und gegenüber dieser Aufgabe erscheinen die deutschen Streiteren nüchtern und klein. Aber das ist schon wieder ein anderes Kapitel.

²⁶ Vgl. Wladislaw Hedeler/Inge Münz-Koenen (Hrsg.): „Ich kam als Gast in euer Land gereist...“ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933–1956. Berlin 2013.

²⁷ Vgl. www.poslednyadres.ru (7. 3. 2015).

